

ELŻBIETA ALABRUDZIŃSKA ▶

## Loyalitätsprobleme von Protestanten in den Ostgebieten Polens

Der I. Weltkrieg bedeutete eine radikale Änderung der Lage der Protestanten (vor allem der Lutheraner), sowohl im russischen als auch im österreichischen Teilungsgebiet. Er hatte für den Protestantismus des russischen und des österreichischen Teilungsgebiets viele negativen Folgen und schwächte im Endeffekt entscheidend seine Einflüsse ab. Die Menschenverluste waren in Wohlynien am größten. Man kann einschätzen, dass von etwa 100 Tausend Personen, die aus Wolhynien von zaristischen Behörden in das ferne Russland ausgeführt wurden, etwa 15–20 Tausend ums Leben gekommen waren<sup>1</sup>. Etwa 30 Tausend Repatriierte dagegen verließen Wohlynien und wanderten weiter-meistens nach Westpreußen<sup>2</sup>.

Wohlynien und Galizien erlitten die größten materiellen Verluste-hier wurden die meisten Kirchen- und Schulgebäude zerstört, man plünderte die Ausstattung der Kirchen und Glocken. In diesen Gebieten dauerte der Krieg zwei Jahre länger, infolge des Krieges mit Ukrainern und infolge des polnisch-bolschewistischen Krieges.

---

<sup>1</sup> E. Kneifel, *Geschichte der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen*, Nürnberg 1965, S. 184 f.

<sup>2</sup> Ibidem; *Der Schicksalsweg der Wolhyniendeutschen*, Poznań 1939, S. 21–26. Siehe: E. Alabrudzińska, *Położenie protestantów na terenie Królestwa Polskiego i tzw. guberni zachodnich Rosji w czasie pierwszej wojny światowej*, [in:] *Europa Orientalis. Polska i jej wschodni sąsiedzi od średniowiecza po współczesność*, Toruń 1996, S. 413 ff.

Der I. Weltkrieg verursachte außerdem eine Zuspitzung der nationalen Antagonismen in den evangelischen Kirchen. Zur größten Zuspitzung kam es in der evangelisch-augsburgischen Kirche. Eine wesentliche Differenzierung der politischen Stellungen unter Angehörigen dieser Kirche brachten vor allem die Jahre 1916–1917.

In meinem Vortrag möchte ich die Loyalitätsprobleme von den in den Ostgebieten Polens bestehenden evangelischen Bekenntnisvereinen darstellen, also Probleme der evangelisch-augsburgischen Kirche, der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses und der zwei reformierten Unitäten: der Wilnaer und der Warschauer Unität. Meine Untersuchungen betreffen das Gebiet von acht östlichen Wojewodschaften: Wilna, Bialystok, Nowogrodek, Polesie, Wohlynien, Lemberg, Tarnopol und Stanislaw. Die ersten fünf Wojewodschaften gehörten zu den ehemaligen westlichen Provinzen von Russland, die drei übrigen Wojewodschaften zu dem österreichischen Teilungsgebiet. Alle unterschieden sich konfessionell von den Nachbargebieten des ehemaligen Kongresspolens.

Die Entstehung des unabhängigen polnischen Staates im Jahre 1918 und einige Jahre später die endgültige Festlegung seiner östlichen Grenzen, stellte die evangelischen Kirchen vor grundlegenden Problemen organisatorischen und politischen Charakters. Nur die nicht allzu große Wilnaer Unität behielt ihre bisherige obrigkeitliche Gewalt; die übrigen Gemeinden wurden durch die Staatsgrenze von ihren kirchlichen Zentralen getrennt (Petersburg, Mitawa, Wien) und von den kirchlichen Strukturen, in welchen sie bis jetzt wirkten, abgesondert. Diese Gemeinden hatten zwei Möglichkeiten: sich irgendeinem in der II. Republik wirkenden Bekenntnisverein anzuschließen oder sich bemühen, eine selbständige kirchliche Einheit zu bilden. Die Protestanten des ehemaligen westlichen Gouvernements wählten die erste Möglichkeit und schlossen sich der evangelisch-augsburgischen Kirche mit dem Konsistorium in Warschau an. Die evangelische Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses beschloss dagegen ihre organisatorische Selbständigkeit aufrechtzuerhalten<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> E. Alabrudzińska, *Der Protestantismus in den Ostgebieten Polens in den Jahren 1921–1939*, Toruń 2000, S. 15 ff.; E. Alabrudzińska, *Struktura organizacyjna wyznania ewangelicko-augsburskiego na kresach wschodnich II Rzeczypospolitej*, [in:] *Pomorze – Polska – Europa. Studia i materiały z dziejów XIX i XX wieku*, Toruń 1995, S. 190–194.

Die Kirchen der Ostgebiete Polens mussten, vor allem in den ersten Jahren nach der Entstehung des polnischen Staates, viele Schwierigkeiten überwinden. Die Kriegshandlungen verursachten viel mehr Kriegsschäden, als in anderen Teilen Polens. Die evangelischen Kirchen hatten hier allerdings viel schwierigere Entwicklungsbedingungen. Auf dem großen Gebiet von acht Wojewodschaften wohnten etwa 120 Tausend Protestanten, größtenteils deutscher Nationalität. Sie lebten also in einer starken Diaspora, wobei sie einen nicht allzu großen Prozentsatz der gesamten Bevölkerung darstellten – den größten in Wohlynien (2,6%)<sup>4</sup>.

Die Protestanten der Ostgebiete Polens wirkten in konfessionell differenzierten Milieus – im orthodoxen (die Wojewodschaften Wohlynien, Polesie und Nowogrodek), griechisch-katholischen (die Wojewodschaften-Lemberg, Stanislaw und Tarnopol) und römisch-katholischen (die Wojewodschaften Wilna und Bialystok). Die Protestanten lebten hier in einer, national gesehen, fremden Gesellschaft, die hauptsächlich aus Polen, Ukrainern, Juden und Bielorussen bestand. Die evangelischen Kirchen der östlichen Wojewodschaften kennzeichnete eine schwierige materielle Situation und eine große Belastung der Geistlichen durch die seelsorgerische Arbeit. In den Gemeinden der Ostgebiete Polens arbeiteten insgesamt etwa 70 Geistliche. Unter den Geistlichen dominierte die ältere Generation, vorwiegend deutscher Nationalität<sup>5</sup>.

---

<sup>4</sup> Archiwum Główne Akt Dawnych w Warszawie [Zentralarchiv Alter Akten in Warschau = AGAD], Konsystorz ewangelicko-augsburski w Warszawie [Evangelisch-Augsburgisches Konsistorium in Warschau = KEA], Sign. 348, 344, 321; Archiwum Akt Nowych w Warszawie [Archiv Neuer Akten in Warschau = AAN], Ministerstwo Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego [Ministerium für Religiöse Bekenntnisse und Öffentliche Aufklärung = MWRiOP], Sign. 1293, 385, 313; Lwowski Obwodowe Archiwum Państwowe [Staatliches Bezirksarchiv Lemberg = LOAP], Urząd Wojewódzki we Lwowie [Wojewodschaftsamt in Lemberg = UWLw], F 1, Op. 14, Sign. 3; Pierwszy spis ludności RP z dnia 30.09.1921, „Statystyka Polski” Bd. 19, S. 76; Bd. 20, S. 39; Bd. 21, S. 52; Bd. 22, S. 60; Bd. 23, S. 62; Bd. 27, S. 117; Bd. 28, S. 78; Bd. 29, S. 82; Drugi powszechny spis ludności z 9.12.1931, „Statystyka Polski” Reihe C Bd. 48, S. 11; Bd. 65, S. 22; Bd. 68, S. 32; Bd. 83, S. 23; Bd. 87, S. 20; „Dodatek do Wiadomości Statystycznych” 1934, H. 24, S. VII–X, XVII.

<sup>5</sup> AGAD, KEA, Sign. 300, 345, 406; AAN, MWRiOP, Sign. 337, 1292, 1293, 1334, 1398, 1407; Centralne Państwowe Historyczne Archiwum Ukrainy we Lwowie [Zentrales Historisches Staatsarchiv der Ukraine in Lemberg = CPHAU], Prawlenje Ewangelickiej Cerkownoj Obszczyny wo Lwowie [PECO], F 427, op. 2, Sign. 45; LOAP, UWLw,

Die Kirchen spielten hier eine viel größere Rolle als in anderen Regionen der II. Republik Polen. Spezifisch war hier z. B. eine organische Verbindung der Kirche mit dem Schulwesen. Die Kirchen spielten hier eine ziemlich große Rolle in der Gesellschaft, in der Kultur und sogar auch in der Wirtschaft. Besonders im Falle Wohlyniens ist es schwer, die einzelnen Bereiche der Tätigkeit der Kirche auseinander zu halten. Aufgrund dessen, dass es dort keine gesellschaftlichen, kulturellen, nationalen und politischen Organisationen gab, nahm die Kirche ihre Funktionen völlig auf sich. Die Geistlichen spielten hier zweifellos die Rolle des Anführers für die deutsche Bevölkerung, und die Kirche sah sich vor der Aufgabe gestellt, eine nationale Organisation des Deutschtums zu sein. In Kleinpolen trat diese Erscheinung mit geringeren Intensität auf, aufgrund dessen, dass es dort außer der Kirche auch andere Organisationen gab, die die deutsche Bevölkerung zusammenschlossen, und aufgrund der Tatsache, dass ein Teil der deutschen Bevölkerung Galiziens Katholiker darstellten. Die Geistlichen in Kleinpolen führten aber auch eine rege nationale Tätigkeit<sup>6</sup>.

Es soll aber betont werden, dass die evangelischen Kirchen der Ostgebiete Polens eigentlich kaum politische Aktivität nachgewiesen hatten, und loyal gegenüber dem polnischen Staat waren. Von großer Bedeutung war die Tatsache, dass sie schon an der Schwelle der II. Republik ihre Abhängigkeit von den ausländischen Zentralen abgebrochen hatten, was z.B. die evangelisch-unierte Kirche in Großpolen und in Pommerellen nicht getan hatte<sup>7</sup>. Einen Einfluss auf die positive Einstellung der evangelischen Kirchen des ehemaligen russischen und österreichischen Teilungsgebietes zum polnischen Staatswesen hatte die Tatsache, dass sie nie, im Gegensatz zu der evangelisch-unierten Kirche, zu bevorzugten Kirchen gehörten. Die deutschen Protestanten lebten hier immer, mit Ausnahme der Jahre der

---

F 1, Op. 14, Sign. 1694; Biblioteka Litewskiej Akademii Nauk [Bibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften = BLAN], F 40, Sign. 569; Archiwum Historyczne w Wilnie [Historisches Archiv in Wilna = AHW], F 606, Sign. 9. Vgl. E. v. Schrenck, Baltische Kirchengeschichte der Neuzeit, Riga 1933, S. 33.

<sup>6</sup> Vgl. Alabrudzińska, Der Protestantismus (wie Anm. 3), S. 48 ff.

<sup>7</sup> Archiwum Państwowe w Przemyślu [Staatsarchiv in Przemyśl = APPrz], Środkowo-Galicyski Seniorat w Hartfeld [Seniorat des Mittleren Galiziens in Hartfeld = SGSH], Sign., 38, Entschliessung gefasst von der kirchlichen Versammlung der evangelischen Gemeinden Galiziens am 12 XII 1919; AAN, Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Ausienministerium = MSZ], Sign. 2885.

deutschen Okkupation während des I. Weltkrieges, außerhalb der Reichweite der Gewalt Deutschlands, sie betrachteten also ihre Lage, die Lage einer Minderheit (national und konfessionell gesehen), als ganz natürlich<sup>8</sup>.

Die deutschen Protestanten lebten hier eigentlich in Eintracht mit Glaubensgenossen anderer Nationalitäten: mit Polen, Tschechen, Juden und Ukrainern. Das Mosaikbild der Nationalitäten, das war auch ein Merkmal, das die Kirchen dieser Region deutlich von den Kirchen im westlichen Polen oder im Zentralpolen unterscheidete. Diese friedliche Koexistenz wurde nur in Einzelfällen durch deutsch-polnische Auseinandersetzungen gestört. Zu deren Hauptursachen wurden Handlungen der staatlichen Behörden, die zum Ziel hatten, den polnischen Protestanten größere Einflüsse auf die Kirchenverwaltung zu gewährleisten. Ich möchte jetzt meine Aufmerksamkeit auf die nationalen Probleme in der evangelisch-augsburgischen Kirche lenken.

Die evangelisch-augsburgische Kirche erlebte in dieser Zeit nationale und politische Konflikte. Sie folgten im großen Grade aus einer komplizierten nationalen Struktur der Kirche und aus unterschiedlichen kirchlich-politischen Konzeptionen, die die kirchliche Leitung und ein Teil der deutschen Geistlichkeit repräsentierte. Diese Auseinandersetzungen nahmen die Form eines Kampfes um die Reichweite der Einflüsse in den kirchlichen Behörden an und verursachten auf der Ebene der Gemeinden starke polnisch-deutsche Antagonismen. Die nationalen Reibungen verschonten auch die Kirchengemeinden der Ostgebiete Polens nicht, waren aber hier eine Seltenheit und hatten einen viel mildereren Verlauf als in Mittelpolen. Es wurde von vielen Faktoren beeinflusst, angefangen von der Verteilung der nationalen Einflüsse in einzelnen Gemeinden. In östlichen Wojewodschaften wirkten zwei rein polnische Kirchengemeinden: in Lomza und in Nejdorf. In zwei Kirchengemeinden hielt man dagegen in derselben Zeit ausschließlich deutsche Gottesdienste ab (in Tuczyń und in Wizajny). In den übrigen Kirchengemeinden hielt man die Gottesdienste in zwei Sprachen ab – in der polnischen und in der deutschen Sprache<sup>9</sup>.

---

<sup>8</sup> E. Alabrudzińska, *Z dziejów protestantyzmu na ziemiach polskich pod zaborem austriackim (1772–1914)*, [in:] *Na przełomie stuleci. Naród – Kościół – Państwo w XIX i XX wieku*, bearb. von M. Piotrowski, Lublin 1997, S. 239–245.

<sup>9</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 377.

Die Verstreuung und die geringe zahlenmäßige Stärke der polnischen Minderheit in der evangelisch-augsburgischen Kirche in Wolhynien einerseits, und nach Möglichkeiten die Gewährleistung einer regelmäßigen pastoralen Bedienung in der Muttersprache andererseits, verursachten, dass die wolhynische Kirche im Prinzip frei von Antagonismen und nationalen Auseinandersetzungen war<sup>10</sup>.

Die Gemeinde Białystok war in den Gebieten der übrigen Wojewodschaften die einzige Gemeinde, in der es zu erheblichen Konflikten vom national-politischen Charakter kam. Unter den Mitgliedern der Gemeinde Białystok kam es schon 1920 zu einer Spaltung infolge der Politik Pfarrers Zirkwitz. Wie sich mal der Wojewode von Białystok äußerte, war Pastor Zirkwitz, nach der Entstehung des polnischen Staates, ein Anstifter der Politik einer absoluten Annäherung an den polnischen Staat und einer freundschaftlichen Einstellung zur Regierung und zu den Anordnungen der polnischen Staatsräson. Die Mehrheit der deutschen Gemeindeglieder warf dem Pfarrer, gemeinsam mit dem Kirchenrat, Polonisierungstendenzen vor, die ihren Ausdruck im Organisieren der Gottesdienste in polnischer Sprache und in der Einführung 1919 der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in der evangelischen Schule, fand<sup>11</sup>.

In Wilna und in Suwalki, also auch in deutsch-polnischen Gemeinden, die von polnischen Pastoren geführt wurden, (außerdem auch in der angesichts der Nationalität deutschen Gemeinde in Rowno) gelang es ähnliche Konflikte zu vermeiden. Es war die Folge einer immer geringeren politischen Aktivität der dortigen Bevölkerung und außerdem, wie es scheint, einer mehr abgewogenen Handlungsweise der Geistlichen und vor allem solcher Handlungsweise Pastors Siegfried Loppe aus Wilna<sup>12</sup>.

Zum Hauptziel der nationalen Tätigkeit der protestantischen Geistlichkeit in den Ostgebieten Polens war die Stärkung des Nationalgefühls der Gemeindeglieder und deren Verteidigung vor der Assimilation; es hatte

---

<sup>10</sup> Evangelisches Zentralarchiv Berlin [EZB], 5/970; „Wolhynischer Bote“, vom 22.05.1927, Nr. 8, S. 63.

<sup>11</sup> AGAD, KEA, Sign. 246, 253, 265, 280, 280, 296; AAN, MWRiOP, Sign. 1317; Archiwum Państwowe w Białymstoku [Staatsarchiv in Białystok = APB], Urząd Wojewódzki w Białymstoku [Wojewodschaftsamt in Białystok = UWB], Sign. 34, 59, 64.

<sup>12</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 385, 1398; „Przegląd Ewangelicki“, vom 5.12.1937, Nr. 35, S. 424.

in meisten Fällen nichts mit Germanisierung oder Polonisierung zu tun. Die wolhynische Kirche stellte das Gebiet dar, in dem die nationale Tätigkeit der Geistlichen am intensivsten war. Fast alle Bereiche der kirchlichen Tätigkeit hatten hier einen stark ausgeprägten nationalen Aspekt. Der Religionsunterricht war mit Deutschunterricht und Geschichte verbunden. Zum Ziel der gegründeten Vereine war außer Entwicklung der Religiosität auch die Pflege und Stärkung der nationalen Identität-manchmal fand es selbst im Namen seinen Ausdruck „Gemeinschaft der Evangelisch-Deutschen Jugend“. Die Werke in Gesangsvereinen und Orchestern wählte man mit besonderer Sorgfalt so aus, dass sie vor allem die nationale deutsche Musik vorführten<sup>13</sup>. Die evangelischen Geistlichen, die einen Einfluss auf viele Bereiche des Lebens der deutschen Bevölkerung Wolhyniens ausübten, spielten auch die Rolle der nationalen Führer. Sie trugen Sorge vor allem für das deutschsprachige Schulwesen, kämpften auch um deutsche Privatschulen, wobei sie viele Schwierigkeiten finanziellen und politischen Charakters zu überwinden hatten. Sie entschieden über die Wahl der Lehrer und Kantoren und über die Schulungsformen der zuletzt genannten, wobei sie das nationale Interesse mit dem religiösen gleichgestellt hatten<sup>14</sup>.

Die wolhynischen Geistlichen traten, wie schon früher erwähnt wurde, als Aussöhner und Friedentiftende bei Auseinandersetzungen der Gemeindeglieder mit Bodenbesitzern auf und vertraten die Kolonisten bei ökonomischen Problemen vor den Staatsbehörden. Im „Wolhynischen Boten“ erweckte man bei den Deutschen Mut, von Angeboten der Bank „Kredit Luck“ Gebrauch zu machen und warnte sie gleichzeitig vor der Landwirtschaftlichen Staatsbank. Man vergaß auch andere Sorgen der deutschen Bevölkerung Wolhyniens nicht. Man besprach u. a. das Problem des hohen Analphabetentums, wobei man zur Weiterbildung und zur Einführung des Fortschritts in der Landwirtschaft aufrief. Es war markant, dass als Vorbild die tschechische Minderheit Wolhyniens genannt wurde. In der Zeitschrift riefen die Pastoren die Gläubigen auf, die Namen

---

<sup>13</sup> EZB, 5/970; AAN, Urząd Wojewódzki w Łucku [Wojewodchaftsamt in Luzk = UWŁ], Sign. 38.

<sup>14</sup> AAN, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych [Innenministerium = MSW], Sign. 972; UWŁ, Sign. 38; Akta starostw powiatowych województw wschodnich [Akten der Kreisstarosteien östlicher Wojewodschaften = ASWW], Sign. 37.

und Vornamen auf Deutsch zu schreiben<sup>15</sup>. Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass eben die Geistlichen der deutschen Bevölkerung Wolhyniens Lektüre in der Muttersprache zusicherten.

Die Geistlichen Wolhyniens pflegten das Nationalgefühl ihrer Gläubigen auch anders – indem sie für sie Kontakte mit Deutschen aus anderen Regionen Polens und aus dem Reich gewährleisteten. Sie organisierten Ferienkinderverschickung und Ausflüge nach Deutschland, Westpolen (Großpolen, Pommerellen) und in die litzmanstädtische Region, wo die Kinder bei deutschen Familien wohnten. Diese Aktion wurde in Zusammenarbeit mit der Posener Deutschen Wohlfahrtsdienst durchgeführt. Von den wolhynischen Pastoren setzte sich für diese Tätigkeit Pastor A. Schoen am stärksten ein<sup>16</sup>.

Den Einfluß der wolhynischen Geistlichen als nationaler Führer der deutschen Minderheit Wolhyniens bestimmte auch ihre Mitwirkung und Beteiligung an Deutscher Volksvertretung Wolhyniens, einem Organ, das dem im Jahre 1935 gegründeten Rat der Deutschen in Polen untergeordnet war. Zum Vorsitzenden der Deutschen Volksvertretung wurde Pastor Kleindienst gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden, Pastor Henke. Pastor Kleindienst war auch Delegierter der Wolhynien Deutschen im Rat der Deutschen in Polen<sup>17</sup>.

Die intensivste nationale Tätigkeit auf den Gebieten der übrigen östlichen Wojewodschaften führten Pastor Jehnke in Wizajny und Pastor Kraeter in Bialystok. Die Kinder der Deutschen hatten es dem Pastor Ktaeter zu verdanken, daß sie zahlreich an den in Deutschland und in Großpolen organisierten Sommerferien teilnehmen konnten. Pastor Kraeter, der, wie schon früher erwähnt wurde, in der Opposition zu dem ersten Pastor der Gemeinde in Bialystok, zu Pastor Zirkwitz stand, rief z. B. die Gläubigen auf, die Kinder in die Volksschule mit Deutsch als Unterrichtssprache und zum Religionsunterricht in dieser Sprache zu schicken. Er war auch bestrebt die Jugend aus Bialystok, in dem von ihm gegründeten und mit

---

<sup>15</sup> „Wolhynischer Bote“, vom 3.04.1927, Nr. 1, S. 3–4; vom 1.05.1927, Nr. 5, S. 37; vom 21.08.1927, Nr. 21, S. 164.

<sup>16</sup> CAW, 1772/89, Sign. 164; AAN, MWRiOP, Sign. 385, 1395; UWŁ, Sign. 38; ASWW, Sign. 37; „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, vom 31.10.1936, Nr. 303, S. 7.

<sup>17</sup> AAN, MSW, Sign. 988; „Przegląd Ewangelicki” 1937, Nr. 17.

großem Engagement geführten „Jugendbund“ in deutscher Gesinnung zu erziehen<sup>18</sup>.

Die intensive nationale Tätigkeit der evangelischen Geistlichkeit in Ostpolen war garnicht mit der Aktivität auf der politischen Ebene gleichzusetzen. Auf den Gebieten der östlichen Wojewodschaften begann man erst Mitte der 30-er Jahren mit einer verstärkten Werbeaktion des Deutschen Volksverbandes. Sie brachte aber nicht die erwarteten Ergebnisse. Die größten Einflüsse gewann der Volksverband in der Wojewodschaft Biaystok, wo es ihm gelang Hilfe seitens der Pastoren Jehnke und Kraeter zu bekommen. Pastor Kraeter zog sich jedoch aufgrund der Auseinandersetzungen ziemlich schnell mit der Unterstützung zurück. Der Deutsche Volksverband suchte nämlich die Jugend vom Jugendbund für sich zu gewinnen<sup>19</sup>.

In Wolhynien gelang es dem Deutschen Volksverband keine größeren Einflüsse zu gewinnen. Die wolhynische deutsche Bevölkerung zeigte im größten Teil kein großes Interesse für Politik, hatte auch kein Bedürfnis zu politischen Organisationen oder Parteien zu gehören. Eine ähnliche Einstellung hatten hier auch die Geistlichen, obwohl es dem deutschen Volksverband gelang gewisse Einflüsse in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Pastoren zu gewinnen<sup>20</sup>.

Eine verstärkte Werbeaktion in Wolhynien führte in der II. Hälfte der 30-er Jahren auch die Jungdeutsche Partei. Höchstwahrscheinlich wurde jedoch keiner von protestantischen Geistlichen zu ihrem Mitglied. Die Zugehörigkeit zur Deutschen Volksvertretung und die Beteiligung am Rat der Deutschen zeugte eher von der Zuneigung der Pastoren zu der altdeutschen Bewegung. Von der Jungdeutschen Partei schreckte die Pastoren ihre kirchenfeindliche Einstellung und die von ihr verbreitete antichristliche Rosenbergs Doktrin ab. Es scheint, daß ähnlich die Einstellung der

---

<sup>18</sup> APB, UWB, Sign. 82, 97, 121; AAN, MWRiOP, Sign. 1317, 1398.

<sup>19</sup> AAN, MSW, Sign. 968; APB, UWB, Sign. 78, 82, 91, 101, 121. Vgl. M. Cygański, *Mniejszość niemiecka w Polsce Centralnej w latach 1919–1939*, Łódź 1962, S. 47, 57.

<sup>20</sup> Es scheint, daß M. Cygański, die Ergebnisse der Werbungsaktion des Deutschen Volksvereins überschätzt Er nennt ohne Verlagsjahrigens keine konkreten Anzeichen, und auch keine Quellen für seine These. Indem er über wolhynische Pastoren schreibt, gibt er fehlerhaft ihre Namen an. (M. Cygański, ebenda, S. 94). Vgl. R. Dąbrowski, *Położenie ekonomiczne...*, S. 193–194.

evangelischen Geistlichkeit der Ostgebiete Polens zum Hitlerismus als solchem war, obwohl die Quellentexte es nicht erlauben dies eindeutig zu bestimmen. In der evangelisch-augsburgischen Kirche der Ostgebiete Polens kam es jedenfalls zu keinen kirchlich-politischen Konflikten angesichts des Verhältnisses zu der nationalsozialistischen Ideologie. Die Quellentexte enthalten aber Informationen über einige Anhänger dieser Ideologie (die gleichzeitig Mitglieder der Jungdeutschen Partei waren) unter den Kantoren und Beamten der kirchlichen Kanzleien<sup>21</sup>.

Als Ergebnis der national-politischen Tätigkeit der evangelisch-augsburgischen Geistlichkeit sind im großen Maße die Tatsachen anzusehen, dass der Prozess der Assimilation der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete Polens langsamer und in Wolhynien fast total gehemmt wurde, und dass das Nationalbewusstsein sogar dort gestiegen ist<sup>22</sup>. Es ist schwer diese Handlungen eindeutig einzuschätzen. Wenn man sie aus dem Gesichtspunkt der Interessen der II. Republik Polen betrachtet, waren sie ungünstig. Für die deutsche Bevölkerung war es eine patriotische Tätigkeit, die zum Ziel hatte das Nationalgefühl zu pflegen. Für die polnischen Regierungskreise hatte das Problem der Finanzierung der Kirche von ausländischen Institutionen, darunter auch von der Regierung des Reiches eine negative Aussage, denn sie betonten mehrmals, dass die Dotationen außer für religiöse auch für nationale Tätigkeit bestimmt seien<sup>23</sup>. Es soll aber auf die Tatsache hingewiesen werden, dass die erhaltenen Quellentexte es nicht erlaubten, der evangelisch-augsburgischen Geistlichkeit vorzuwerfen, dass sie eine gegen den Staat gerichtete Tätigkeit geführt hätte.

Die Geistlichen riefen die Gläubigen in öffentlichen Auftritten zur Loyalität gegenüber dem polnischen Staat und zur friedlichen Koexistenz der deutschen Bevölkerung mit der polnischen auf. Sie luden die Vertreter der Staatsverwaltung, der Schulleitungen und der Militärbehörden zu Feierlichkeiten ein, die mit der Weihung der Kirchen oder der Bethäuser

---

<sup>21</sup> CAW, 1772/89, Sign. 164; AAN, MSW, Sign. 988; UWŁ, Sign. 38, 40; APB, UWB, Sign. 82. EZB, 5/934; AAN, UWŁ, Sign. 38; H.K. Schmidt, *Die evangelisch-lutherische Kirche...*, S. 40.

<sup>22</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 385; J. Fuhr, *Kalter Wind...*, S. 66; Z. Cichocka-Petrażycka, *Kolonie czeskie...*, S. 62.

<sup>23</sup> EZB, 5/970. Näher zu der Deutschen Stiftung, siehe. K. Fiedor, *Antypolskie organizacje w Niemczech 1918–1933*, Wrocław–Warszawa–Kraków–Gdańsk 1973, S. 183–184.

verbunden waren. Im Jahre 1923 brachten die Delegierten der evangelischen Siedlungen in Wolhynien, auf Anregung von Pastor Kleindienst, eine Resolution an den Wojewoden ein. Sie stellten da u. a. fest: „Die in der Volksversammlung versammelten 400 Delegierten (...) versichern Sie Herr Wojewode ihrer Loyalität dem polnischen Staat gegenüber, als dessen Rechtbürger sie sich fühlen und geloben Ihnen Treue, Ehrenbezeugung und Ergebenheit; sie bitten Sie Herr Wojewode darum (...), dass Sie die Ihnen unterstehenden Organe beeinflussen, damit sie auch den Deutschen gegenüber, den Protestanten in Wolhynien die Prinzipien unserer Verfassung anwenden, die als Ganzes vom Geist der Toleranz und Gleichberechtigung überfüllt zu sein scheint“<sup>24</sup>.

Die von der deutschen Mehrheit überstimmten polnischen Angehörigen der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses nahmen mit großen Bedenken den Entschluß an, über die Selbständigkeit der Kirche und das Aufrechterhalten ihrer Selbständigkeit in organisatorischer Hinsicht. Am 10. April 1921 beriefen sie in Krakau eine Tagung ein, zu der Bischof Bursche eingeladen wurde. Während der Tagung griff man sehr stark die Leitung der kleinpolnischen Kirche an, indem man ihr u. a. eine nicht ausreichende Sorge für Gläubige polnischer Nationalität vorgeworfen hatte. Man richtete eine Denkschrift an den Sejm der Republik Polen über den Anschluß der kleinpolnischen Kirche an die evangelisch-augsburgische Kirche in Warschau. In der Denkschrift stellte man u. a. fest, daß die reorganisierte evangelische Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses bereits keine Landeskirche mehr sondern „eine sich neubildende evangelische Sekte sei“, sie könne also nicht verlangen, daß man an sie alle bisherigen Gemeinden anschliesse, sie habe auch kein Recht auf das ehemalige kirchliche Vermögen<sup>25</sup>.

Trotz der Proteste, entschloß sich die polnische Regierung, die selbständige Organisation der Gemeinden in Kleinpolen jedoch anzuerkennen. In der Situation fasste die Krakauer Gemeinde den Entschluß sich dem Warschauer Konsistorium anzuschliessen. 1923 wendeten sich die polnischen Gemeindeglieder aus Lemberg mit einer Bitte an das Ministerium für Religiöse Bekenntnisse und Öffentliche Aufklärung, an die evangelisch-augs-

---

<sup>24</sup> AGAD, KEA, Sign. 271.

<sup>25</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 1288.

burgische Kirche angeschlossen zu werden. Sie hatten keine Möglichkeit den Beschluß durchzusetzen, denn sie waren in der Gemeinde in Minderheit. In der Resolution vom 14. März 1923 protestierten sie gegen eine eigenwillige Änderung des Systems der evangelischen Kirche in Kleinpolen, die ihren Ausdruck in der Gründung eines rechtswidrigen Kirchenausschusses fand<sup>26</sup>.

Das Ministerium konnte aber auf diese Art und Weise nicht in die Angelegenheiten der Kirche eingreifen. Sie wollte höchstwahrscheinlich auch nicht zu einer nationalen Spaltung in der Lemberger Gemeinde kommen lassen. Viel mehr lag es ihr daran, daß die Polen möglichst großen Einfluß auf die Gemeindebehörden nehmen können. Noch im Dezember 1921 beschloß die Lemberger Gemeinde, daß alle volljährigen Mitglieder ihre Nationalität zu erklären haben; man wird sich dann, bei der Festlegung der Zahl der polnischen Gottesdienste und bei der Zusammensetzung des kirchlichen Vorstandes, nach der Stimmenzahl der Polen richten können.. Zugleich wendeten sich die Gemeindeglieder an die staatlichen Behörden mit einer Bitte auch die evangelischen Soldaten zu der Abstimmung zu zulassen<sup>27</sup>. Höchstwahrscheinlich ist die Abstimmung garnicht zustande gekommen, oder deren Ergebnis entsprach nicht den Wünschen der Polen, denn im Laufe der nächsten Jahren beriefen sie sich nur auf die Ergebnisse der Volkszählung. Anhand dieser Volkszählung verlangten sie, daß die Wahl zu den kirchlichen Behörden nach einem festgelegten Schlüssel durchgeführt wird, so daß den Gläubigen polnischer Nationalität ein Drittel oder sogar die Hälfte der Plätze zufallen würde. Als die deutschen Gemeindeglieder seine Einwilligung dazu nicht geben wollten, sagte der Lemberger Wojewode, gebeten von den polnischen Gemeindegliedern, die Wahlen ab und berief, laut des Beschlusses vom 13. November, einen Verwaltungsausschuß der Gemeinde<sup>28</sup>.

In anderen Gemeinden, in welchen es nicht allzu große polnische Minderheit gab, also vor allem in Biala, Nowy Sacz, Jaroslaw und Stanislaw, kam es zu keinen nationalen Auseinandersetzungen. Der scharfe Konflikt in zwei größten Ansammlungen der polnischen Evangelischen stellte eine

---

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Ebd., Sign. 1295.

<sup>28</sup> Ebd., Sign. 1299, 1335; „Słowo Polskie“, vom 23 I 1923, Nr. 3.

ernsthafte Bedrohung für die Wirkung der Kirche dar. Auch für außenstehende machte es den Eindruck einer fortschreitenden Spaltung. Der evangelisch – augsburgische Senior der polnischen Armee, Pastor Ryszard Paszke meldete den Behörden, im August 1921, nach Besuch in Kleinpolen, beunruhigt, über äußerst zugespitzte deutsch-polnische Beziehungen, die seiner Meinung nach, höchstwahrscheinlich zur Spaltung in die deutsch-evangelische und polnisch-evangelische Kirche zu führen scheinen mögen<sup>29</sup>.

Sehr beunruhigt wegen der Situation waren die Behörden der kleinpolnischen Kirche. Einen hartnäckigen Widerstand der Leitung und der Geistlichen rief vor allem die Form hervor, in welcher die polnischen Evangelischen seine Rechte forderten und hauptsächlich die Krakauer Denkschrift, die nach ihnen, als ein unverantwortlicher Angriff der Deutschen und der Selbständigkeit der Kirche aufzufassen sei. Man behauptete außerdem, daß die Polen keine Gründe haben zu protestieren, denn seine religiösen Bedürfnisse werden in polnischer Sprache befriedigt<sup>30</sup>. Der Kirchenusschuß gab, im Beschluß vom 5. April 1923, den Ausdruck eines tiefen Bedauerns wegen der Form des Kampfes, der innerhalb der Gemeinde von Polen geführt wurde, und der große Schaden im religiösen Leben verursachen kann. Zugleich drückte er volles Verständnis für nationale Bedürfnisse und Gefühle der Gläubigen polnischer Nationalität aus<sup>31</sup>.

Es ist schwer objektiv diese Konflikte einzuschätzen. Bis 1918 verlief das Zusammenleben der polnischen und der deutschen Kirchenglieder ohne größere Störungen und die Kirche Kleinpolens diente als Beispiel eines friedlichen Nebeneinanderbestehens, einer Koexistenz nicht nur zweier Konfessionen sondern auch verschiedener Nationen. Die Wiedererweckung der Unabhängigkeit des polnischen Staates verursachte jedoch eine Steigerung des Strebevermögens der polnischen Minderheit in der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses. Es scheint, daß sich die Kirche bemühte nach Möglichkeiten die nationalen Bedürf-

---

<sup>29</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 1295. Über die Situation in Kleinpolen schreibt S. Potocki (*Położenie mniejszości niemieckiej w Polsce 1918–1939*, Gdańsk 1939, S. 276), er interpretiert jedoch die Tätigkeit des Superintendenten Zöckler als eine Erwiderung auf die Aktion Bischofs Bursche.

<sup>30</sup> APPrz, SGSH, Sign. 5, 38; EG 1921 Nr. 6, S. 69–71.

<sup>31</sup> APPrz, SGSH, Sign. 38; EG 1923 Nr. 4, S. 41–43.

nisse ihrer polnischen Angehörigen zu befriedigen. Die Gottesdienste in polnischer Sprache wurden nicht nur in Lemberg, Krakau, Biała und Nowy Sącz, sondern auch in Jarosław, Nowy Gawłów, Stanisław, Stryj und Zaleszczyki abgehalten, also in Gemeinden, in welchen die polnische Minderheit einige zehn Personen zählte<sup>32</sup>. Die kirchliche Leitung glaubte, daß so eine Art und Weise, das nationale Streben zu befriedigen, auch nach 1918 ausreichen wird. Sie sah demzufolge kein Grund etwas in ihrer Nationalpolitik zu ändern. Die tatkräftigen polnischen Kreise, zu welchen hauptsächlich die Intelligenz der Großstädte und Vertreter freier Berufe gehörten, wollten von den Deutschen jedoch nicht überstimmt werden, wobei sie in einem unabhängigen Polen lebten. Die kleinpolnische Kirche wurde von Deutschen geleitet, fast alle Geistlichen waren deutscher Nationalität, und die in einzelnen Gemeinden (außer Krakau) in Minderheit lebenden polnischen Evangelischen konnten eigentlich laut der Wahlordnung keinen Einfluß auf die Verwaltung ausüben.

Gewisse Bedenken mußte jedoch die Form der Proteste der polnischen Evangelischen erwecken. Sie verlangten dabei von den Behörden eine weitgehende Einmischung in die Angelegenheiten der Kirche, was sich negativ auf den Protestantismus in Polen hätte auswirken können und wenigstens zu einem gefährlichen Beispielfall werden könnte. Es war übrigens markant, daß nicht alle polnischen Evangelischen solche Form der Proteste unterstützten. Kritisch auf die Krakauer Denkschrift reagierte u. a. der evangelisch augsburgische Militärggeistliche der Polnischen Armee, der die polnischen Evangelischen in Kleinpolen betreute, Pastor Karol Banzel. Er stellte fest, daß die nationalen Auseinandersetzungen mit Verständnis und Faßbarkeit innerhalb der kleinpolnischen Kirche erledigt werden sollten; „der Krakauer Beschluß will aber dieses Ziel durch politische Überlegenheit erreichen.“<sup>33</sup> Pastor Banzel betonte dabei die großen Verdienste der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses und wies auf diese Art und Weise die Vorwürfe zurück, daß es eine Germanisierungstätigkeit sei. Er stellte u. a. fest: „Es mag sein, daß sich nicht alle zu der Höhe ihres `kosmopolitischen` Glaubens emporschwangen, wie es Zöckler macht, aber im allgemeinen kann man der Kirche nicht (...) vor-

---

<sup>32</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 377.

<sup>33</sup> „Głos Ewangelicki“, vom 29 V 1921.

werfen, daß 'sie kaum die evangelischen Polen dülde'.(...) Es kommt aber nie zu einer gegenseitigen Einigung, wenn der Sejm, dank seiner Autorität – laut des Beschlusses- 'die evangelischen Gemeinden Kleinpolens an die Organisation des ehemaligen Königreiches anschliesse'. Bei allem Respekt vor dem Hohen Sejm frage ich mich aber: wieso der Sejm, der im größten Teil aus nicht-Evangelischen besteht über Angelegenheiten einer evangelischen Kirche entscheiden sollte?"<sup>34</sup>.

Das Schicksal der Krakauer und Lemberger Gemeinden nahm seinen Lauf in zwei verschiedenen Richtungen. Die kleinpolnische Superintendentur erkannte den Entschluß der Krakauer Diözese über den Anschluß an die evangelisch-augsburgische Kirche in Warschau nicht an, denn laut des geltenden Gesetzes konnte die Ausrückung einer Gemeinde nur infolge eines Entschlusses des Oberkirchenrates, dessen Vorrechte auf die Superintendentur übertragen wurden, erfolgen. Sie ernannte also für den Verwalter der Krakauer Gemeinde Pastor Alfred Bolek. In der Tat verwaltete Pastor Bolek nur einen kleinen deutschen Teil der Gemeinde, der mit dem Anschluß an das Warschauer Konsistorium nicht einverstanden war. Angefangen von 1922 gab es in Krakau zwei evangelische Gemeinden, die zu zwei verschiedenen kirchlichen Zentralen gehörten. Pastor Wiktor Niemczyk war Pfarrer der polnischen Gemeinde<sup>35</sup>.

Die Lemberger Gemeinde blieb dagegen an der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses. Der Verwaltungsausschuß, der sie ab 1923 verwaltete, wurde im Januar 1925, gleich nach den Wahlen zu den Gemeindebehörden, liquidiert. Die Wahlen wurden in Anlehnung an ein zwischen Gemeindegliedern beider Nationalitäten getroffenes Übereinkommen durchgeführt, laut dessen zu der insgesamt 45 Gläubige zählenden Vertretung der Gemeinde-30 Deutsche und 15 Polen gewählt wurden. Es schien, daß die Wahlen den nationalen Konflikt aus dem Wege schaffen, um so mehr, als die Zusammenarbeit zwischen den polnischen und deutschen Evangelischen ohne Probleme verlief. Gemein-

---

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Archiwum Państwowe w Krakowie, Urząd Wojewódzki w Krakowie, Sign. 266; ebd., Starostwo Grodzkie Krakowskie, Sign. 138; Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP), Superintendent Theodor Zöckler w Lesznie, likwidator niemieckich zakładów w Stanisławowie, Sign. 1; APPrz, SGSH, Sign. 2, 5, 36; AAN, MWRiOP, Sign. 1299, 1335.

sam wurde u. a. die Einführung des Amtes eines zweiten Pastors beschlossen, zu dem ein Geistlicher polnischer Nationalität gewählt werden sollte<sup>36</sup>.

1930, als die polnischen Mitglieder des Presbyteriums und der Vertretung ihre Mandate niederlegten, kam es wieder zu einer Auseinandersetzung<sup>37</sup>. Die Quellentexte erlauben es nicht, die Gründe der damaligen Auseinandersetzung festzulegen, man kann aber feststellen, daß es seitdem, bezüglich der Wahlen und der Wirkung der Gemeindebehörden, systematisch Konflikte gab. Zu deren Ursachen waren u. a. Forderungen der Gläubigen polnischer Nationalität, die die Hälfte der Mandate im Vorstand zuteil haben wollten. Zu einem Konflikt kam es auch 1933, im Zusammenhang mit der Wahl des deutschen Pastors Walloschke zum Pfarrer<sup>38</sup>. Diese Situation spitzten noch die in den Warschauer und Lemberger Tageszeitungen erscheinenden Aufsätze zu, die nicht selten eine antideutsche Aussage hatten. Als eine Antwort darauf begab sich im Januar 1934 eine Delegation der deutschen Evangelischen mit einem Protest zum Wjowoden Belina – Prazmowski. Im Juli 1934 wurde „die Memoriale der Lemberger Presbyterianer und der Gemeindevertreter deutscher Nationalität betreffs der evangelischen Lemberger Gemeinde“ veröffentlicht. In der Denkschrift wurde nicht nur die Situation in der Lemberger Gemeinde, aber auch die nationalen Verhältnisse in der ganzen kleinpolnischen Kirche eingehend erörtert. Man stellte u. a. fest: „Unsere Kirche ist keinesfalls eine deutsche Kirche, weder dem Namen nach, noch den Intentionen ihrer kirchlichen und weltlichen Behörden nach (...). Sie kann aber auch nicht als eine nationale polnische Kirche aufgefasst werden, selbst aus dem Grunde, daß sich die Mehrheit ihrer Angehörigen zu deutscher Nationalität bekennt. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Kirchenglieder die Deutschen darstellen, übt selbstverständlich einen wesentlichen Einfluß auf die Verhältnisse innerhalb der Kirche aus, sie erfüllt aber (...) ihre Hauptaufgabe allen in Kleinpolen lebenden Evangelischen zu dienen, richtig...“<sup>39</sup>.

---

<sup>36</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 1335, 1288.

<sup>37</sup> APPrz, SGSH, Sign. 35.

<sup>38</sup> Ebd., Sign. 10, 13; AAN, MWRiOP, Sign. 1290; T. Zöckler, *Die polnischen Gottesdienste in Lemberg*, EG 1933, Nr. 11, S. 142–143; „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, vom 23 IX 1937.

<sup>39</sup> AAN, MWRiOP, Sign. 1288; APPrz, SGSH, Sign. 41.

1934 fand in Lemberg auch die erste Tagung der Evangelischen polnischer Nationalität aus dem Östlichen Kleinpolen statt, in der „Die Gesellschaft der Polen-Evangelischen“ berufen wurde. Zum Vorsitzenden wurde Antoni Ehrbar gewählt. In der hier beschlossenen Resolution betonte man die Absicht mit Evangelischen anderer Nationalitäten auf dem Gebiet der wirklichen Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden zusammenzuwirken, man verlangte Pastoren polnischer Nationalität für die geistliche Bedienung und wies auf die Notwendigkeit einer gründlichen Genesung der Beziehungen in der kleinpolnischen Kirche hin, hauptsächlich in Anbetracht ihrer nicht geregelten gesetzrechtlichen Lage<sup>40</sup>.

Die bestehende Spannung zwischen den deutschen Geistlichen und den polnischen Gläubigen der kleinpolnischen Kirche wurde durch die Tatsache, daß sich die ersten stark mit deutschem, nationalem Interesse identifizierten und eine nationale Tätigkeit führten, entfacht. Die nationale Tätigkeit der evangelischen Geistlichkeit war eine Fortsetzung der Tätigkeit aus der Zeit vor dem I. Weltkrieg, wo sie die Gläubigen vor den sich damals schon stark kennzeichnenden Assimilationstendenzen verteidigen sollte. Und so fruchtbar wie diese Tätigkeit, sowohl vor dem Krieg als auch in der Zeit der II. Republik, angesichts des Interesses der Deutschen, war, so waren die Polonisierungsprozesse unter der evangelischen Bevölkerung viel weniger fortgeschritten als in den deutsch-katholischen Kreisen des Östlichen Kleinpolens<sup>41</sup>.

Die nationale Tätigkeit trat in Erscheinung hauptsächlich in der kostspieligen Unterhaltung des deutschen Schulwesens und im Propagieren von den Geistlichen der Erziehung der Jugend im rein deutschen Geiste. Die Pastoren waren an der deutschen Pfadfinderbewegung beteiligt – Pastor Ladenberger war einer der Gründer und einer der aktivsten Mitglieder der Organisation – der Schüler Verbindung Carpatia. Die Geistlichen arbeiteten auch zusammen mit der Deutschen Wohlfahrtsdienst aus Posen, bei der Ferienverschickung der deutschen Kinder aus Kleinpolen nach Großpolen und nach Ostpreußen<sup>42</sup>.

<sup>40</sup> „Przegląd Ewangelicki” 1934, Nr. 4, S. 32.

<sup>41</sup> Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAP), Deutsche Stiftung (DS), Sign. 949/i; AAN, UWLw, Sign. 13.

<sup>42</sup> Centralne Archiwum Wojskowe w Warszawie (CAW), 1775/89, Sign. 5; AAN, Urząd Wojewódzki w Tarnopolu (UWT), Sign. 29; EG 1924 Nr. 6, S. 90–91; P.E. Nasar-

Die evangelische Kirche war mehrmals am Bau der sog. Deutschen Häuser, in welchen sich das nationale Leben der deutschen Bevölkerung Galiziens konzentrierte, mitbeteiligt. Für eine ihrer Aufgaben hielt sie auch die Pflege des deutschen nationalen Liedes. Die Pastoren haben auch einen großen Beitrag in diesen Wirkungsbereichen geleistet, die zum Ziel hatten das deutsche Vermögen in Kleinpolen zu verteidigen. Pastor Seefeldt war einer der Hauptaktivisten des Verbandes Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Kleinpolen<sup>43</sup>. Superintendent Zöckler wirkte aktiv in den Vertretungen deutscher Bevölkerung Kleinpolens, nämlich im Deutschen Volksrat für Kleinpolen und im Bund der christlichen Deutschen in Galizien<sup>44</sup>.

Superintendent Zöckler wirkte aktiv in den Vertretungen deutscher Bevölkerung Kleinpolens, nämlich im Deutschen Volksrat für Kleinpolen und im Bund der christlichen Deutschen in Galizien.

Im Jahre 1922, nach der Auflösung der zweiten Organisation von den polnischen Behörden, gab er aber definitiv die national-politische Tätigkeit auf. Sie wurde auch von anderen Geistlichen nicht geführt. Die deutsche evangelische Bevölkerung Galiziens zeigte übrigens kein größeres politisches Interesse, besaß auch keine Partei.

Das war auch ausschlaggebend für einen vollen Mißerfolg der Werbeaktion, die unter der evangelischen Bevölkerung von der Jungdeutschen Partei geführt wurde. Diese Partei versuchte Anhänger unter den kleinpolnischen Protestanten zu gewinnen, indem sie u. a. öffentliche Rechte für das evangelische Gymnasium in Stanislau forderte und eine Aktion für die Unterstützung der Kandidatur Pastors Walloschke für das Pfarrerramt

---

ski, *Deutsche Jugendbewegung und Jugendarbeit in Polen 1919–1939*, Würzburg 1957, S. 3.

<sup>43</sup> AGAD, nicht geordnete Akten, Das Protokollbuch des Presbyteriums der Gemeinde Kołomyja – Baginsberg; AAN, UWT, Sign. 29; ebd., UWS, Sign. 3; ebd., UWLw, Sign. 23; Landwirtschaftlicher Kalender für Polen 1928, S. 20; R. Bolek, *Die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens in Galizien*, in: *Gedenkbuch zur Erinnerung an die Einwanderung der Deutschen in Galizien vor 150 Jahren*, Posen 1931, S. 190–191; R. Dąbrowski, *Położenie ekonomiczne mniejszości niemieckiej w Polsce w okresie międzywojennego dwudziestolecia (1918–1939)*, Szczecin 1977, S. 205.

<sup>44</sup> BAP, DS., Sign. 948; CAW, I 300.20, Sign. 13; ebd., 1775/89, Sign. 5; AAN, UWS, Sign. 18; S. Müller, *Von der Ansiedlung bis zur Umsiedlung. Das Deutschtum Galiziens insbesondere Lembergs 1772–1940*, Marburg/Lahn 1961, S. 4 ff.

in Lemberg organisierte. 1938 kam es aber zu einem ernsthaften Konflikt zwischen der Jungdeutschen Partei und dem Superintendenten Zöckler, u. a. aufgrund dessen, daß er in den evangelischen Schulen Lehrer jüdischer Nationalität einstellte<sup>45</sup>. Superintendent Zöckler gab auch sein kritisches Verhältnis zu Prozessen zu erkennen, die nach Hitlers Machtergreifung in der evangelischen Kirche des Reiches im Gang waren. Im Juli 1937 war sein Streben danach gerichtet, daß die deutschen evangelischen Kirchen in Polen eine klare und einheitliche Stellung zu der Angelegenheit nehmen<sup>46</sup>.

Die Leitung der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses versicherte oft die staatlichen Behörden über ihre Loyalität gegenüber dem polnischen Staat. Anhand der zugänglichen Quellen muß festgestellt werden, daß diese Erklärungen in der Tat ihren Ausdruck in der Verhaltensweise dieser Kirche fanden. Sie identifizierte sich nie mit der von den evangelisch-unierten Kirchen geführten Politik. Die Loyalität der Geistlichkeit bestätigten in seinen Berichten die Verwaltungsbehörden aller Ebenen. Superintendent Zöckler war bemüht gute Beziehungen mit staatlichen Behörden zu unterhalten. Ihre Vertreter wurden nicht nur zu kirchlichen Feierlichkeiten anlässlich der staatlichen Feste aber auch zu rein kirchlichen Festen eingeladen. An der Bestattung des Superintendenten Fritsche nahm auch ein offizieller Regierungsvertreter der Republik Polen teil. Die evangelischen Geistlichen bemühten sich darum (mit Erfolg), daß der Präsident der Republik Polen, Stanislaw Wojciechowski während seines Besuches in Lemberg, im September 1924, auch die dortige evangelische Gemeinde besucht. Ungefähr in der gleichen Zeit nahmen der Superintendent Zöckler und Pastor Ladenberger an dem anlässlich des Besuches des Ministers Wladyslaw Sikorski im Stanislauer Bezirksrat organisierten feierlichen Empfang teil<sup>47</sup>.

Die kleinpolnische Geistlichkeit führte keine politischen Elemente in die pastorale Tätigkeit ein. Sie bemühte sich sehr darum, daß kirchliche

---

<sup>45</sup> BAP, DS, Sign. 952; AAN, UWT, Sign. 29; UWLw, Sign. 23; M. Iwanicki, *Polityka oświatowa...*, S. 222.

<sup>46</sup> APP, KEP, Sign. 696.

<sup>47</sup> AAN, MSZ, Sign. 2885; MWRiOP, Sign. 1315, 1335; UWS, Sign. 3, 6; UWT, Sign. 29; UWLw, Sign. 23; APK, Komenda Wojewódzka Policji Państwowej w Krakowie, Sign. 133; EG 1923 Nr. 11, S. 151; 1924 Nr. 10, S. 158–159; Nr. 11, S. 164–165.

Feierlichkeiten einen rein religiösen Charakter haben. Politische Angelegenheiten wurden auch im „Evangelischen Gemeindeblatt „nicht in Erwägung gezogen. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die deutschen Pastoren in den Kanzelreden und in Gottesdiensten oft die polnische Sprache gebrauchten – es betraf auch Feierlichkeiten innerhalb der Kirche. Superintendent Zöckler betonte im Jahre 1932, in der an Mitglieder des superintendentionalen Ausschusses gerichteten Schrift, daß es sehr wichtig sei, daß die evangelischen Lehrer die polnische Sprache beherrschen<sup>48</sup>. Polnischunterricht wurde auch an der Dornfelder Volksuniversität, die ihre Aufgabe darin sah, „einen polnischen Bürger deutscher Nationalität zu erziehen „erteilt<sup>49</sup>.

Die Stanislauer Superintendentur verordnete 1926, laut der ministerialen Anordnung, die Führung der Matrikelbücher in polnischer Sprache, führte auch polnische Formulare ein. Der Superintendent forderte die Geistlichen im Dezember 1925 dazu auf, die Anordnungen der staatlichen Behörden rückhaltlos zu beachten. Es wurde aber erlaubt die innere kirchliche Dokumentation in der deutschen Sprache zu führen<sup>50</sup>.

Trotz des loyalen Verhältnisses der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses zu dem polnischen Staat, ergriffen die staatlichen Behörden keine Initiative, die zum Ziel die Normalisierung der Beziehungen mit diesem Bekenntnisverein hätte.

Die polnische Behörde führte eine sehr differenzierte und verschiedene Politik gegenüber den evangelischen Kirchen. Es fehlte an einer klaren Konzeption, sowohl auf der zentralen Ebene, als auch auf der Ebene der Wojewodschaft. Die Politik der zentralen Verwaltung war eigentlich liberaler als die der regionalen Behörden. Aber gerade die Wojewodschaftsbehörden gestalteten die wirkliche Bekenntnispolitik. Eine ausgesprochen rücksichtslose Politik gegenüber den protestantischen Kirchen führte man in Wohlynien. Hier war sie eng mit der nationalen Politik verbunden. Es scheint, dass die gegen die deutschen und ukrainischen Geistlichen ge-

---

<sup>48</sup> APP, STZ, Sign. 1; AAN, AKPP, Sign. 243; MWRiOP, Sign. 1297; UWLw, Sign. 23; APK, UWK, Sign. 285; EG 1926 Nr. 5, S. 75; 1928 Nr. 3, S. 40–42.

<sup>49</sup> P. E. Nasarski, ebd., S. 49–50.

<sup>50</sup> APPrz, SGGH, Sign. 11; AGAD, nichtgeordnete Akten, Księga protokołów prezbiterium parafii Kołomyja – Baginsberg; CAW, I 300. 22, Sign. 98.

richteten Repressionen in Wohlynien, unbegründet waren und nur die nationale Situation in den Kirchen zuspitzten<sup>51</sup>. Nach solchen Mitteln griff man sogar nicht im Falle der evangelisch-unierten Kirche in Großpolen, die eine intensive politische Tätigkeit ausgeübt hatte. Zu Faktoren, die außerordentlich die Kontakte des Staates mit den Kirchen erschwert hatten, gehörte die nicht geregelte rechtliche Lage, die im Falle der evangelischen Kirchen der östlichen Wojewodschaften ausschließlich aus der Stellungnahme der staatlichen Behörden folgte.

---

<sup>51</sup> Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 5/932, 5/934; AGAD, KEA, Sign. 402; AAN, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Sign. 969, 970, 972; APP, Konsystorz ewangelicki w Poznaniu, Sign. 672, 689.